

Bericht über das Geschäftsjahr 2014

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Stromnetz Berlin GmbH

Puschkinallee 52

12435 Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss der Stromnetz Berlin GmbH zum 31. Dezember 2014	15
Bilanz	16
Gewinn- und Verlustrechnung	17
Kapitalflussrechnung	18
Entwicklung des Anlagevermögens	19
Anhang	20

Lagebericht

Geschäft und organisatorische Struktur

Die Unternehmen des deutschen Teilkonzerns von Vattenfall sind auf verschiedenen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette aktiv. Dazu gehören die Strom- und Wärmeerzeugung aus konventionellen und erneuerbaren Energieträgern sowie der Vertrieb und die Energieverteilung.

Die Vattenfall-Gruppe ist in zwei regionale Einheiten unterteilt: Business Region Nordic (Skandinavien) und Business Region Continental/UK (Kontinentaleuropa und Großbritannien), zu der auch die Stromnetz Berlin GmbH (Stromnetz Berlin) zugeordnet ist.

Die Stromnetz Berlin ist eine 100-prozentige Tochter der Vattenfall GmbH, mit der ein Gewinnabführungsvertrag besteht.

Die Stromnetz Berlin ist auf dem Gebiet der Stromverteilung tätig. Sie betreibt innerhalb des Stadtgebietes Berlin das Stromverteilnetz, einschließlich eines Fernmelde- und eines Lichtwellenleiterkabelnetzes, mit einer Gesamtlänge von rund 43.400 km. Sie stellt ihr Netz jedem Nutzer diskriminierungsfrei zur Verfügung und ist verantwortlich für die Sicherheit sowie die Zuverlässigkeit der Stromversorgung.

Steuerungsgrößen des Konzerns sind das Betriebsergebnis nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften IFRS sowie weitere wertorientierte Kennzahlen.

Forschung und Entwicklung

Die Entwicklung und der Ausbau intelligenter Netze, sogenannter „Smart Grids“, sind weiterhin die dominierenden Themen der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Die Mittel- und Niederspannungsebenen rücken immer weiter in den Fokus dieser Aktivitäten, da in den Verteilnetzen innovative Lösungen zur intelligenten Steuerung und zur Aufnahme der zunehmenden fluktuierenden Kapazitäten bereits in naher Zukunft benötigt werden. Im Rahmen unterschiedlicher Smart Grid Projekte werden die zukünftigen Anforderungen an die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), das gezielte Lastmanagement und auch die Integration von Speichern auf Grund der stärkeren Dezentralisierung von erzeugter Energie erprobt. Durch die Kooperation und Beteiligung am EUREF Campus wird beispielweise ein Micro Smart Grid mit der Einbindung eines e-Boilers als Speicher sowie der Aufbau einer Integrationsplattform für die

Datenbereitstellung und Visualisierung von intelligenten Netzen unter realen Netzbedingungen getestet. Das Forschungsprojekt OptNetzE (Optimierung des integrierten Betriebs von Übertragungs- und Verteilnetzen bei zunehmend fluktuierender Erzeugung und flexiblen Lasten) befasst sich mit der Entwicklung von Verfahren für einen integrierten und zukunftsfähig organisierten Netzbetrieb zum Ausgleich fluktuierender Erzeugung und bezieht alle involvierten Akteure – vom Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber bis hin zum Erzeuger und Verbraucher – ein. Zukunftsfähige Steuerelemente, analog dem heutigen „Strompager“, werden in naher Zukunft unter echten Bedingungen auf ihre Einsatzfähigkeit im Netzbetrieb geprüft. In diversen anderen Pilotprojekten wird zusammen mit Universitäten, öffentlichen Einrichtungen, Industriepartnern und jungen Start-Up Unternehmen das Verhalten des Netzes beurteilt und weiter optimiert.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Politisches Umfeld

Am 1. August ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) in Kraft getreten. Damit hat die Bundesregierung ein erstes wichtiges Vorhaben aus ihrer Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Neben der Markt- und Systemintegration erneuerbarer Energien ist die Einführung von Ausbaupfaden eine wichtige Neuregelung. Das macht den weiteren Anstieg des Ökostroms im Energiemix plan- und berechenbarer und dämpft die Kosten. Eine besondere Bedeutung hat die Entlastung der Industrie und des produzierenden Gewerbes hinsichtlich der EEG-Umlage. Mit dem neuen EEG ist die Belastung für die energieintensive Industrie in etwa gleich geblieben.

Die Bundesnetzagentur hat Ende 2014 ihre umfassende Evaluierung der Anreizregulierung abgeschlossen und im Januar 2015 dazu dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ihren Bericht zur Weiterentwicklung der Anreizregulierung vorgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass dieser auch veröffentlicht wird. Mögliche Weiterentwicklungen der Anreizregulierung wurden vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse des Evaluierungsberichts werden die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) beeinflussen.

Das im Rahmen der Novellierung des Messwesens durch das BMWi angekündigte Verordnungspaket „Intelligente Netze“, das wichtige Grundlagen, wie die Anforderungen an den Datenschutz, die Kommunikation, technische Mindestanforderungen, Zeit- und Mengenvorgaben

des Roll-Outs sowie dessen Finanzierung rechtsverbindlich regelt, wurde bislang nicht verabschiedet.

Wie und in welchem Umfang die Einführung von intelligenter Messtechnik (Smart Meter) erfolgt, wird derzeit noch diskutiert. Hierbei ist zwischen der Ausstattung mit so genannten „intelligenten Messsystemen“ (iMsys, Smart Meter im Sinne der Energieeffizienzrichtlinie der EU) und der Ausstattung mit intelligenten Zählern (iZ, elektronische, zum iMsys upgrade-fähige Zähler) zu unterscheiden. Verzögerungen beim Einbau von intelligenten Messsystemen und Zählern werden von der Bundesregierung mit dem Sorgfaltsgebot begründet, insbesondere bei der Gewährleistung von Datenschutz, Datensicherheit und Interoperabilität. Mit der Ausrollung der neuen Technik ist vor diesem Hintergrund nicht vor 2017 zu rechnen.

Das Europaparlament hat die neue EU-Kommission bestätigt. Diese hat am 1. November 2014 ihre Arbeit aufgenommen. Künftig werden nun sieben Vize-Präsidenten in den wichtigen Bereichen, etwa bei der Energiewirtschaft, die Arbeit mehrerer Kommissare koordinieren. Die Europäische Kommission (EU-KOM) und die Regulierer auf europäischer Ebene (ACER, CEER) befassen sich verstärkt mit der Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens auf EU-Ebene. Unter anderem müssen die künftige Verteilung der Marktrollen, das Datenmanagement einschließlich Datenschutz und Datensicherheit, intelligente Zähler und die Zusammenarbeit zwischen Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber, insbesondere bei der Thematik „Smart Grid“, diskutiert werden.

Für die kommenden Jahre werden verbindliche Vorgaben der EU-KOM erwartet, die auch Auswirkungen auf das Marktdesign für Verteilnetzbetreiber, Prozessabläufe, die finanzielle Situation und auch mögliche IT-Investitionen haben werden.

Wirtschaftliches und Wettbewerbsumfeld

Die Energiewende in Deutschland zwingt alle Stromverteilungsunternehmen, sich an geänderte Aufgaben und Anforderungen anzupassen. Die im Erneuerbaren Energien Gesetz verankerten monetären Förderungen für eingespeiste Energie aus regenerativen Quellen haben zu einem raschen Zuwachs fluktuierender Erzeugung außerhalb, aber auch innerhalb der Stadt, geführt. Im städtischen Bereich ist der starke Zubau von Photovoltaik-Anlagen sowie der Anschluss von dezentralen Mini-Blockheizkraftwerken (BHKW) im Mittel- und Niederspannungsnetz deutlich spürbar. Hinzu kommt, dass das Verteilnetz die fluktuierenden Energiemengen aus erneuerbaren Energiequellen aus dem Umland aufnehmen und steuern muss. Diese Entwicklung führt zu der Entstehung neuer Geschäftsfelder mit neuen Marktteilnehmern sowie der potentiellen Ände-

rung von bisher etablierten Markttrollen. Das steuernde Einspeisemanagement, eine dezentrale Speicherung von Energie, Elektromobilität und ein verändertes, intelligentes Messwesen (Smart Meter) sind einige Beispiele dafür. Mit der Anpassung an diese neuen Bedingungen müssen die Stromnetze auch die damit einhergehenden technischen Herausforderungen vorbereiten und umsetzen. Da beispielsweise die Rahmenbedingungen für zusätzlich notwendige Investitionen, die verschiedenen Markttrollen und die zukünftige Aufgabenabgrenzung derzeit noch nicht klar definiert sind, ist die Bewältigung dieser Herausforderungen besonders anspruchsvoll.

Umweltschutz

Umweltschutz ist ein vorrangiges Ziel von Vattenfall und fester Bestandteil in der Strategie der Stromnetz Berlin. Wir bekennen uns zum aktiven Umweltschutz. Die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften ist für uns selbstverständlich.

Die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen ohne Beeinträchtigung der Umwelt und des Wohls der Allgemeinheit wurde ständig überwacht und dokumentiert.

Bei den Umweltschutzmaßnahmen stehen vorrangig der Schutz des Bodens und des Wassers im Mittelpunkt. Schwerpunkte bildeten die Sanierung von Ölschäden, die Sicherung von Ölkabeln sowie die Sanierung und Errichtung von Ölauffangvorrichtungen für Transformatoren. Weiterhin wurden Maßnahmen zum Schallschutz sowie zur Einhaltung von Grenzwerten elektromagnetischer Felder ergriffen.

Die Zertifizierungs-Audits Umweltmanagement (DIN EN ISO 14001) und Energiemanagement (DIN EN ISO 50001) sowie das Überwachungs-Audit Qualitätsmanagement (DIN EN ISO 9001) wurden erfolgreich absolviert.

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig.

Geschäftsverlauf und Ertragslage

	2014		2013		Abweichung	
	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €	Absatz %	Umsatz %
Netznutzung	13.260	474,4	13.922	504,5	-4,8	-6,0
Zähler/Messung/Abrechnung		51,5		62,0		-16,9
Konzessionsabgabe*		136,0		143,6		-5,3
§ 19 Abs. 2 StromNEV*		18,5		26,6		-30,5
§ 17f EnWG*		24,3		25,8		-5,8
§ 18 AbLaV*		1,2		-		-
KWK-Erlöse*		21,4		18,0		18,9
EEG-Erlöse*	(72)	37,8	(57)	32,0	(19,3)	18,1
Stromverkäufe	(441)	6,5	(177)	1,6	(249,2)	306,3
sonstige		1,1		1,3		-15,4
Umsatzerlöse		772,7		815,4		-5,2

* Die Erlöse aus Konzessionsabgabe, KWK, EEG, der Umlage gem. § 19 Abs. 2 StromNEV, der Umlage gem. § 17 f EnWG sowie der Umlage nach § 18 AbLaV in Höhe von 239,2 Mio. € sind in gleicher Höhe im Aufwand zu finden und haben daher keine Ergebniswirkung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 13.808 GWh Strom durch das Netz der Stromnetz Berlin geleitet. Die Jahreshöchstlast wurde am 29. Januar 2014 mit 2.393 MW erreicht. Unter Berücksichtigung von Netzverlusten, Betriebsverbräuchen und periodenfremden Effekten betrug die Stromabgabe 13.260 GWh und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Die Erlöse aus der Netznutzung sanken um 6,0 Prozent im Wesentlichen auf Grund des Absatzrückgangs, der hauptsächlich aus energieeffizienteren Geräten und Prozessen im Haushalts- und Gewerbekundebereich sowie der warmen Witterung resultiert. Zusätzlich wirkte sich hier der Trend zur Eigenversorgung der Kunden durch dezentrale Erzeugungseinheiten aus.

Unter den Stromverkäufen werden im Wesentlichen die Erlöse aus der Abrechnung des Differenzbilanzkreises gezeigt.

Die KWK-Erlöse sind im Wesentlichen auf Grund höherer Preise für Anlagen bis 100.000 kWh angestiegen.

Der Anstieg der EEG-Erlöse im Geschäftsjahr beruht zum einen auf der gestiegenen Anzahl von vergüteten Einspeiseranlagen, insbesondere der Inbetriebnahme der Biomasseanlage im Märkischen Viertel, und zum anderen auf der weiter gestiegenen Auszahlung von Marktprämien auf Grund der Direktvermarktung von EEG-Strom.

Die Erlöse aus KWK, Konzessionsabgabe, der Umlage gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV, der Umlagen gemäß § 17 f EnWG, der Umlage gemäß § 18 AbLaV sowie die Erlöse aus dem EEG finden sich entsprechend auch auf der Aufwandsseite und sind somit ohne Ergebniswirkung bei der Stromnetz Berlin.

Die Geschäftsentwicklung ist stark vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen und dem Projektgeschehen geprägt und beeinflusst das Ergebnis der Gesellschaft entsprechend.

Gewinn- und Verlustrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	2014	2013	Veränderung
Umsatzerlöse und übrige Erträge	824,3	869,3	-45,0
Operative Aufwendungen	-735,4	-738,8	3,4
Zinsergebnis	-8,9	-9,6	0,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	80,0	120,9	-40,9

Den Umsatzerlösen und übrigen Erträgen stehen operative Gesamtaufwendungen bestehend aus Material-, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Konzessionsabgabe sowie Abschreibungen auf das Anlagevermögen gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 49,2 Mio. € verminderten sich um 2,7 Mio. €. Im Vorjahr wirkten im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen und die Auflösung von Baukostenzuschüssen ertragserhöhend.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 14,6 Mio. € auf 400,6 Mio. €. Wesentlich wirkten sich hier höhere Strombezüge nach EEG auf Grund der höheren Anzahl von Einspeiseranlagen und höherer Auszahlung von Marktprämien sowie höhere Aufwendungen für Netznutzung aus.

Der Personalaufwand mit 26,5 Mio. € stieg im Vergleich zum Vorjahr um 21,6 Prozent im Wesentlichen auf Grund der erhöhten Aufwendungen für die Altersversorgung und des Anstiegs der Löhne und Gehälter.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2014 erhöhten sich um 2,1 Mio. € auf 74,3 Mio. €.

Im Berichtszeitraum sanken die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 17,2 Mio. € auf 98,0 Mio. € im Wesentlichen wegen der geringeren Aufwendungen aus der Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV, der geringeren Abschreibung des Sonderverlustkontos sowie des geringeren Bezuges von Serviceleistungen.

Das Zinsergebnis verbesserte sich um 0,7 Mio. € auf -8,9 Mio. €. Dies beinhaltet im Wesentlichen Zinszuführungen zu Rückstellungen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 80,0 Mio. € um 40,9 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Vorrangig wirkten sich hier die gesunkenen Netznutzungserlöse und die gesunkenen Erlöse aus Messung und Abrechnung um 40,6 Mio. € aus.

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung lag mit 79,1 Mio. € um 40,9 Mio. € unter dem des Vorjahres von 120,0 Mio. € und wurde vollständig an die Vattenfall GmbH abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur wird im Folgenden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Aktiva			
Anlagevermögen	1.088,0	1.024,7	63,3
Umlaufvermögen (einschließlich RAP)	136,1	153,5	-17,4
	1.224,1	1.178,2	45,9
Passiva			
Eigenmittel	771,6	765,8	5,8
Langfristige Fremdmittel	183,0	176,3	6,7
Kurzfristige Fremdmittel	269,5	236,1	33,4
	1.224,1	1.178,2	45,9

Die Tätigkeit des Verteilnetzbetreibers ist anlagenintensiv. Bei einer Bilanzsumme von 1.238,7 Mio. € (vor Saldierung des Sonderverlustkontos) beträgt der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen 87,8 Prozent. Durch die Verrechnung mit dem Sonderverlustkonto in Höhe von 14,6 Mio. € ergibt sich eine wirtschaftliche Bilanzsumme in Höhe von 1.224,1 Mio. €. Dadurch erhöht sich die Quote des Anlagevermögens am Gesamtvermögen auf 88,9 Prozent. Die Finanzierung des Vermögens steht auf solidem Fundament. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote nach Verrechnung des Sonderverlustkontos, des Sonderpostens sowie 70,0 Prozent der Baukostenzuschüsse beträgt 63,0 Prozent. Das Anlagevermögen ist zu 70,9 Prozent durch wirtschaftliches Eigenkapital (Eigenmittel) gedeckt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 141,4 Mio. € vor allem in die Erweiterung und Verstärkung des Stromverteilnetzes investiert.

Bedeutendste Vorhaben waren hierbei die Neubauten der Umspannwerke Britz und Landjägerstraße, die Mittelspannungsüberschaltung vom UW Grünau an das UW Landjägerstraße, die Erstellung von Kundenanschlüssen und Netzerweiterungen, unter anderem auf Grund der Erschließung des zukünftigen Stadtgebietes „Europacity“ und des zusätzlichen Ausbaus von EEG-/KWK-Anlagen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Netzinfrastruktur inklusive Messeinrichtungen für 293,6 Mio. € (Vorjahr: 270,2 Mio. €) realisiert.

Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	2014	2013	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	157,9	161,0	-3,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-139,1	-115,9	-23,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-79,1	-120,0	40,9
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-60,3	-74,9	14,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-119,3	-59,0	-60,3

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben. Im Geschäftsjahr ergab sich wie im Vorjahr ein Mittelabfluss (negativer Cashflow) in Höhe von 60,3 Mio. € (Vorjahr: 74,9 Mio. €). Die Investitionstätigkeit konnte durch den Cashflow aus operativem Geschäft gedeckt werden. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit verminderte sich um 40,9 Mio. € auf Grund geringerer Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter.

Der entstandene negative Finanzmittelfonds wurde als Cashpooling-Darlehen bei der Muttergesellschaft marktgerecht aufgenommen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2014 beschäftigte Stromnetz Berlin 156 Mitarbeiter.

Gesamtaussage

Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung als positiv beurteilt.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die in 2013 getroffene Prognose hinsichtlich der Investitionstätigkeit wurde im Geschäftsjahr 2014 übertroffen, die der steigenden Kosten für die Nutzung vorgelagerter Netze leicht unterschritten, sowie die Prognose stabiler Beschäftigung realisiert. Das im vorjährigen Prognosebericht angesetzte positive Ergebnis konnte nicht in voller Höhe erreicht werden.

Der Vattenfall-Konzern bekennt sich zum Standort Berlin und versteht sich als langfristiger Partner der Stadt. Die Stromnetz Berlin hat das Ziel, auch nach 2014 der Betreiber des Berliner Stromverteilnetzes zu sein. Dafür hat sie sich um die Stromnetzkonzession beworben und arbeitet im Rahmen der Bewerbung aktiv an der Wiedererlangung. Auch mit der überdurchschnittlichen Versorgungsqualität sowie den nachhaltig hohen Ausgaben für die Netzinfrastruktur von 293,6 Mio. € im Jahr 2014 dokumentiert die Stromnetz Berlin ihre Verantwortung für die Stadt Berlin.

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft wird auch in den nächsten Jahren vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen geprägt sein. Die in 2009 begonnene Anreizregulierung ging 2014 in die zweite fünfjährige Regulierungsperiode und wird auf lange Sicht die Erlösentwicklung des Unternehmens determinieren. Die Stromnetz Berlin gehört mit einem Effizienzwert von 100,0 Prozent zu den effizientesten Netzbetreibern in Deutschland.

Da sich wichtige Anlagen am Ende des Lebenszyklus befinden, ist aus technischer Sicht ein Anstieg der Investitionen erforderlich, um den hohen Anforderungen an die Versorgungsqualität auch langfristig gerecht zu werden. Zudem wird die Einführung von Smart Meter sowie der erforderliche Umbau der Netze im Rahmen der Energiewende zu zusätzlichen Investitionen führen. Im Rahmen der derzeit stattfindenden Evaluierung des bestehenden Regulierungssystems durch die Bundesnetzagentur stehen unter anderem die Investitionsbedingungen für Netzbetreiber auf dem Prüfstand. Sollte es vor diesem Hintergrund zu keiner Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere zum Abbau der Investitionshemmnisse, kommen, werden die zukünftigen Investitionstätigkeiten weiterhin kritisch zu bewerten sein. Das Asset-Management der Gesellschaft steuert und optimiert dabei die Investitionstätigkeiten aktiv, welches auch in Zusammenarbeit mit dem Regulierungsmanagement die Beantragung weiterer Investitionsmaßnahmen bei der Bundesnetzagentur umfassen wird.

Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass im kommenden Jahr wieder weitere Vorgaben bzw. Empfehlungen auf EU-Ebene erfolgen. In Bezug auf die Netzbetreiber sind hieraus Einflüsse insbesondere hinsichtlich deren Zuständigkeiten und Prozesse in sogenannten Smart Markets (z. B. Network Codes) zu erwarten.

Durch die Integration des für die Stromnetz Berlin tätigen Bereichs des VE Kundenservice wird die Mitarbeiteranzahl im kommenden Jahr um 53 Mitarbeiter steigen und in den darauf folgenden Geschäftsjahren auf einem relativ konstanten Niveau bleiben.

Die Stromnetz Berlin geht davon aus, auch im nächsten Jahr einen positiven Beitrag zum Ergebnis des Vattenfall-Konzerns beizutragen. Es wird erwartet, dass der Ergebnisbeitrag wieder leicht ansteigt.

Chancen- und Risikobericht

Umfeldrisiko

Der bestehende Konzessionsvertrag mit der Stadt Berlin ist am 31. Dezember 2014 ausgelaufen. Für die Vergabe der Konzession ab 2015 wurde bereits Ende 2011 ein öffentliches Ausschreibungsverfahren gestartet, in dem sich die Stromnetz Berlin um die Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages beworben hat. Dieses Verfahren dauert zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch an. Eine Entscheidung wird frühestens Mitte 2015 erwartet. Aufgrund einer einjährigen Übergangsfrist bestehen alle Rechte und Pflichten aus dem laufenden Vertrag fort. Bei Nichtgewinnung der Konzession geht das wirtschaftliche und/oder rechtliche Eigentum am Verteilnetz gegen Leistung einer wirtschaftlichen Kompensation auf den neuen Konzessionär über.

Eine Verpflichtung aus der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist das Ausrollen neuer Zählertechnologien („Intelligente Messsysteme“, Smart Meter) für alle Kunden mit einem jährlichen Stromverbrauch von voraussichtlich über 6.000 kWh, bei Neubauten und größeren Renovierungen im Sinne der EU-Richtlinie 2002/91/EG sowie für Anlagen nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK) mit einer installierten Leistung von mehr als 7 kW. Die neuen Messsysteme sollen über eine zeitgenaue Verbrauchserfassung verfügen und somit die Grundlage für eine individuelle Tarifgestaltung liefern. Der Zeitpunkt für die Umsetzung steht noch nicht fest, da die erforderliche Zählertechnologie auf Grund des fehlenden Ordnungsrahmens derzeit auf dem Markt noch nicht verfügbar ist. Weiterhin ist mit den noch ausstehenden Verordnungen eine Modifikation dieser Pflichteinbauten möglich und der Gesetzgeber kann für zusätzliche Kundengruppen den Roll-Out upgrade-fähiger elektronischer Messeinrichtungen vorsehen.

Marktrisiko

Das größte Marktrisiko ist das Volumenrisiko, welches bei der Nichterreicherung des für die Kalkulation der Netznutzungsentgelte zugrunde gelegten Stromabsatzes eintritt. Hierdurch entstehen Mindererlöse, die über das Regulierungskonto erst in der folgenden Regulierungsperiode durch Ansatz in der Erlösbergrenze ausgeglichen werden können.

Eine ungünstige Marktentwicklung auf den Beschaffungsmärkten kann neben höheren Preisen auch zu längeren Lieferzeiten für wichtige Materialien und Leistungen führen. Begrenzt wird dieses Risiko durch eine gezielte Beobachtung des Beschaffungsmarktes.

Ein weiteres Marktrisiko ist das Insolvenzrisiko. Durch die Insolvenz von Lieferanten und Nutzungskunden können offene Forderungen nicht beglichen werden.

Chancen

Die Stromnetz Berlin hat sehr gute Voraussetzungen zur Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages und damit zur Sicherung der Geschäftsgrundlage. Darüber hinaus ergeben sich für die Stromnetz Berlin Chancen, im Rahmen der Weiterentwicklung des bestehenden Regulierungssystems eine Verbesserung der Investitionsbedingungen zu erhalten. Nicht zuletzt bieten sich im Rahmen von Smart Innovations, weiteren Effizienzsteigerungen und Prozessoptimierungen Möglichkeiten für künftige Geschäftsaktivitäten und -verbesserungen.

Gesamtrisikolage

Das Geschäft der Stromnetz Berlin wird im Wesentlichen durch Markt- und Finanzrisiken als auch durch rechtlich-regulatorische Risiken beeinflusst.

Für die Gesellschaft ergab sich im Jahr 2014 weder durch Einzelrisiken noch durch die aggregierte Risikoposition eine Bestandsgefährdung. Auch für das nächste Geschäftsjahr sind keine derartigen Risiken erkennbar.

**Jahresabschluss
der Stromnetz Berlin GmbH
zum 31. Dezember 2014**

Bilanz

Mio. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
AKTIVA			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		2,9	2,5
Sachanlagen		1.085,1	1.022,2
		1.088,0	1.024,7
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)	135,8	153,3
		135,8	153,3
Rechnungsabgrenzungsposten		0,3	0,2
Sonderverlustkonto	(3)	14,6	21,2
		1.238,7	1.199,4

Mio. €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
PASSIVA			
Eigenkapital	(4)		
Gezeichnetes Kapital		100,0	100,0
Kapitalrücklage		569,9	569,9
Andere Gewinnrücklagen		12,7	12,7
		682,6	682,6
Sonderposten	(5)	4,6	5,2
Baukostenzuschüsse	(6)	141,4	141,7
Rückstellungen	(7)	232,0	250,3
Verbindlichkeiten	(8)	178,1	118,2
Rechnungsabgrenzungsposten		-	1,4
		1.238,7	1.199,4

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	Anhang	2014	2013
Umsatzerlöse	(9)	772,7	815,4
Andere aktivierte Eigenleistungen		2,4	2,0
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	49,2	51,9
Materialaufwand	(11)	-400,6	-386,0
Personalaufwand	(12)	-26,5	-21,8
Abschreibungen	(13)	-74,3	-72,2
Konzessionsabgabe		-136,0	-143,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)	-98,0	-115,2
Zinsergebnis	(15)	-8,9	-9,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		80,0	120,9
Sonstige Steuern	(16)	-0,9	-0,9
Gewinnabführung		-79,1	-120,0
Jahresergebnis		-	-

Kapitalflussrechnung

Mio. €	2014	2013
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	79,1	120,0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	74,3	72,2
Abnahme des Sonderpostens und der Baukostenzuschüsse	-0,9	-8,0
Abnahme der Rückstellungen	-18,3	-6,5
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1,5	2,8
Abnahme/Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	24,0	-46,8
Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-1,8	27,3
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	157,9	161,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2,3	2,2
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-141,4	-118,1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-139,1	-115,9
Gewinnabführung an Anteilseigner	-79,1	-120,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-79,1	-120,0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-60,3	-74,9
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-59,0	15,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-119,3	-59,0

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2014	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	31.12.2014	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	82,3	1,0	0,0	0,0	83,3	79,8	0,6	-	80,4	2,9	2,5
	82,3	1,0	0,0	0,0	83,3	79,8	0,6	-	80,4	2,9	2,5
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	154,9	2,5	9,4	0,0	166,8	59,1	4,6	0,0	63,7	103,1	95,8
Verteilungsanlagen Strom	1.674,4	89,7	56,4	3,7	1.816,8	831,4	68,6	2,4	897,6	919,2	843,0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6,6	0,3	0,1	0,0	7,0	5,9	0,5	0,0	6,4	0,6	0,7
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	82,7	47,9	-65,9	2,5	62,2	-	-	-	-	62,2	82,7
	1.918,6	140,4	-	6,2	2.052,8	896,4	73,7	2,4	967,7	1.085,1	1.022,2
Anlagevermögen	2.000,9	141,4	-	6,2	2.136,1	976,2	74,3	2,4	1.048,1	1.088,0	1.024,7

Anhang

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Stromnetz Berlin wurde nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes sowie unter Beachtung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt. Alle Werte sind in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Stromnetz Berlin wird in den Konzernabschluss der Vattenfall AB mit Sitz in Stockholm/Schweden einbezogen. Der Konzernabschluss der Vattenfall AB ist nach den von der EU-Kommission übernommenen internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS aufgestellt und wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt. Des Weiteren ist er beim Bolagsverket in Sundsvall erhältlich. Dort ist die Gesellschaft in das Register unter der Nummer 556036-2138 eingetragen.

Zwischen der Vattenfall GmbH und der Stromnetz Berlin besteht ein Gewinnabführungsvertrag.

Die Stromnetz Berlin ist in den körperschaft- und gewerbesteuerlichen, jedoch nicht in den umsatzsteuerlichen, Organkreis der Vattenfall GmbH einbezogen.

Auf Grund der Teilrechtsnachfolge mit der Vattenfall Europe Wärme AG und davor erfolgter gesellschaftsrechtlicher Umstrukturierungen finden Gesetze, deren Geltungsbereich sich nach dem Einigungsvertrag grundsätzlich nur auf das Gebiet der ehemaligen DDR erstreckt, auch auf die Stromnetz Berlin insgesamt Anwendung. Dies gilt vor allem für das D-Markbilanzgesetz (DMBilG) und das Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Vom Aktivierungswahlrecht für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird kein Gebrauch gemacht.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten in angemessenem Umfang anteilige Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht einbezogen.

Abschreibungen für Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft oder hergestellt wurden, werden, soweit steuerlich zulässig, nach der degressiven Methode vorgenommen. Ein Übergang auf die lineare Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Für ab dem 1. Januar 2008 angeschaffte oder hergestellte Sachanlagen wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn bei einer dauerhaften Wertminderung der Ansatz mit einem niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich ist. Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten des Vermögensgegenstandes.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, die ab dem Geschäftsjahr 2013 angeschafft wurden, werden als Sammelposten ausgewiesen und linear abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 wurde von dem Wahlrecht, geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung vollständig aufwandswirksam zu erfassen, Gebrauch gemacht.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Allen erkennbaren Einzelrisiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch verrechnet. Die Forderungen aus noch nicht abgerechneter Netznutzung basieren auf der Verbrauchs- und Erlösabgrenzung, wobei nach anerkannten Methoden Hochrechnungen für den Leistungszeitraum erfolgen. Für die Abgrenzung findet im Wesentlichen ein Individualbewertungsverfahren Anwendung.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Sonderverlustkonto

Auf der Aktivseite wird für Rückstellungen, die wegen der erstmaligen Anwendung des § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB in der D-Markeröffnungsbilanz (DMEB) zu bilden waren, ein Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung nach § 17 Abs. 4 D-Markbilanzgesetz (DMBilG) ausgewiesen. Das Sonderverlustkonto verändert sich entsprechend der Inanspruchnahme und Auflösung der zugrunde liegenden DMEB-Rückstellungen. Für Inanspruchnahmen werden keine Aufwendungen in den jeweiligen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bei Auflösungen von DMEB-Rückstellungen wird das Sonderverlustkonto erfolgsneutral mit den Rückstellungen verrechnet.

PASSIVA

Sonderposten

Als Sonderposten werden steuerfreie Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz und erhaltene Investitionszuschüsse ausgewiesen. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt entsprechend dem Abschreibungsverlauf der betreffenden Vermögensgegenstände.

Baukostenzuschüsse

Erhaltene investitionsbezogene Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge werden passiviert. Bis zum 30. Juni 2003 erhaltene Baukostenzuschüsse werden über 20 Jahre ertragswirksam aufgelöst, sofern nicht eine kürzere Laufzeit vereinbart ist. Ab dem 1. Juli 2003 erhaltene Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge werden entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in notwendigem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die unter den sonstigen Rückstellungen erfassten Jubiläumszuwendungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Aufstockungsbeträge aus Altersteilzeitverträgen sind mit dem versicherungsmathematischen Barwert angesetzt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Prämissen

Prozent	31.12.2014	31.12.2013
Abzinsungsfaktor für langfristige Pensionsverpflichtungen	4,53	4,90
Abzinsungsfaktor für langfristige Personalrückstellungen	4,62	4,90
Abzinsungsfaktor für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen	3,18	3,65
Langfristige Gehaltssteigerungsrate	2,50	2,50
Allgemeiner Rententrend	1,50	1,75
Fluktuationsrate (altersabhängig)	0,00 bis 10,40	0,00 bis 10,40
Inflationsrate	1,50	1,75
Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze	2,50	2,50

Bei dem zugrunde gelegten Rechnungszinssatz für die Abzinsung handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren für langfristige Pensions- und Personalrückstellungen und von drei Jahren für Altersteilzeitrückstellungen.

Soweit Pensionsverpflichtungen mit einem Aktivwert einer Versicherung rückgedeckt sind, werden diese mit den jeweiligen Rückstellungen saldiert.

Kongruent rückgedeckte Altersversorgungszusagen, deren Höhe sich somit ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, sind mit diesem bewertet, soweit er den garantierten Mindestbetrag (diskontierter Erfüllungsbetrag der Garantieleistung) übersteigt. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsnehmers zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte Überschussbeteiligung).

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und sonstigen Rückstellungen wird im Zinsergebnis erfasst.

Die anderen sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäfts-

jahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank regelmäßig veröffentlicht.

Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Beschaffungsgeschäften wurden auf der Grundlage von Marktpreisen zum Bilanzstichtag bewertet und bei Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr entsprechend abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern

Stromnetz Berlin ist in den ertragsteuerlichen Organkreis der Vattenfall GmbH einbezogen. Latente Steuern auf temporäre oder quasi-permanente Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder auf Grund steuerlicher Verlustvorträge werden auf Ebene des Organträgers ermittelt und bei Passivüberhang – nach Saldierung – auch dort bilanziert.

Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Gewinne aus Sicherungsgeschäften werden erst bei Fälligkeit realisiert. Unrealisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten im Berichtsjahr 2014 ist in der Entwicklung des Anlagevermögens dargestellt.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19,9	29,4
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	74,8	100,3
Sonstige Vermögensgegenstände	41,1	23,6
	135,8	153,3

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen im Wesentlichen auf Forderungen aus Netznutzung. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Zahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch in Höhe von 67,6 Mio. € (Vorjahr: 57,6 Mio. €) verrechnet.

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) Forderungen gegen die Gesellschafterin Vattenfall GmbH und 74,2 Mio. € (Vorjahr: 99,1 Mio. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen übrige Konzernunternehmen.

(3) Sonderverlustkonto

Die Entwicklung des Sonderverlustkontos im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	01.01.2014	Verbrauch	Auflösung	31.12.2014
Sonstige Rückstellungen				
Ökologische Lasten	21,2	-1,3	-5,3	14,6

(4) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 100.000.000,00 € wird zu 100,0 Prozent von der Vattenfall GmbH gehalten.

(5) Sonderposten

Der Sonderposten besteht im Wesentlichen aus steuerfreien Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen.

(6) Baukostenzuschüsse

Im Berichtsjahr wurden 16,4 Mio. € (Vorjahr: 17,3 Mio. €) erfolgswirksam aufgelöst. Die Zuschüsse entfallen vor allem auf Anschlusskostenbeiträge für Hausanschlüsse von Netznutzern.

(7) Rückstellungen

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	140,6	133,8
Steuerrückstellungen	0,0	0,0
Sonstige Rückstellungen	91,4	116,5
	232,0	250,3

Die Pensionsrückstellungen decken die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen und noch tätigen Mitarbeitern ab.

Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie werden nach § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Aktivwerte bei Rückdeckungsversicherungen.

Mio. €	31.12.2014	31.12.2013
Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	141,3	133,9
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	-0,7	-0,1
Nettowert der Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Rückstellung)	140,6	133,8

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Beträge für die Altlastensanierung, Ausgleichsverpflichtungen aus dem EEG-Gesetz, Rückstellungen für Entschädigungszahlungen für die Einräumung beschränkter Dienstbarkeiten nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG), Rückstellungen für Personal, Rückstellungen für Abbruchkosten sowie Risiken aus der Rückerstattung von Netznutzungsentgelten. Die Rückstellungen für Altlastensanierung berücksichtigen die erwarteten Kosten für die Herausnahme und Entsorgung von Ölkabeln sowie die erforderliche Bodensanierung auf fremden und eigenen Grundstücken.

(8) Verbindlichkeiten

Mio. €	31.12.2014		31.12.2013	
	Insgesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Insgesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr
Erhaltene Anzahlungen	3,0	3,0	4,0	4,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27,4	27,4	32,1	32,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	137,3	137,3	67,6	67,6
Sonstige Verbindlichkeiten	10,4	10,4	14,5	14,5
davon aus Steuern	(0,5)	(0,5)	(0,3)	(0,3)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(-)	(-)	(-)	(-)
	178,1	178,1	118,2	118,2

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 17,4 Mio. € Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: 8,0 Mio. €) und 119,3 Mio. € Cashpooling-Verbindlichkeiten gegenüber der Vattenfall GmbH (Vorjahr: 59,0 Mio. €).

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Vattenfall GmbH bestehen in Höhe von 119,9 Mio. € (Vorjahr: 59,7 Mio. €).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(9) Umsatzerlöse

Mio. €	2014	2013
Netznutzung	474,4	504,5
Erlöse aus Umlagen	239,2	246,0
Übrige	59,1	64,9
	772,7	815,4

Die Erlöse aus Umlagen beinhalten Erlöse aus Konzessionsabgabe, KWK, EEG, der Umlage gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV, der Umlage gemäß § 17 f EnWG sowie der Umlage nach § 18 AbLaV. Sie sind in gleicher Höhe im Aufwand zu finden und haben daher keine Ergebniswirkung.

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2014	2013
Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen	16,4	17,3
Erträge aus Beiträgen zu Kundenanlagen	13,2	10,5
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	10,4	12,2
Erträge aus Miet- und Pachteinnahmen	3,1	3,1
Erträge aus Schadenersatz	0,9	2,5
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	0,5	0,6
Übrige	4,7	5,7
	49,2	51,9

(11) Materialaufwand

Mio. €	2014	2013
Energiebezug	23,4	19,8
EEG	37,8	32,0
Übrige	0,0	0,0
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	61,2	51,8
Nutzung vorgelagerter Netze	174,7	170,0
Fremdlieferungen und -leistungen	164,7	164,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	339,4	334,2
	400,6	386,0

(12) Personalaufwand

Mio. €	2014	2013
Löhne und Gehälter	15,0	12,9
Soziale Abgaben	1,7	1,7
Aufwendungen		
für Altersversorgung	9,8	7,2
für Unterstützung	0,0	0,0
	26,5	21,8

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende)

	2014	2013
Angestellte		
davon technischer Bereich	97	97
davon kaufmännischer Bereich	57	58
	154	155

(13) Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen aus der Entwicklung des Anlagevermögens zu entnehmen. Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2014	2013
Belastungsausgleich gem. § 17 f EnWG	24,3	25,8
Belastungsausgleich KWK	21,4	18,0
Belastungsausgleich gem. § 19 Abs. 2 StromNEV	18,5	26,6
Serviceleistungen	15,1	17,8
Zuführung zu den Rückstellungen	5,4	5,9
Belastungsausgleich gem. § 18 AbLaV	1,2	-
Übrige	12,1	21,1
	98,0	115,2

(15) Zinsergebnis

Mio. €	2014	2013
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	0,0
davon aus verbundenen Unternehmen	(-)	(-)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	0,1
davon aus verbundenen Unternehmen	(0,1)	(0,1)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9,0	-9,7
davon an verbundene Unternehmen	(0,0)	(-)
	-8,9	-9,6

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und Personalrückstellungen wird unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen. Es handelt sich um den Netto-Aufwand nach Verrechnung mit Erträgen aus den Aktivwerten.

Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) mit Erträgen aus den zugehörigen Aktivwerten in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) verrechnet.

Aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen nach Verrechnung mit den Erträgen aus Aktivwerten und aus Aufzinsung von sonstigen Rückstellungen resultieren Aufwendungen von insgesamt 9,0 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €).

(16) Sonstige Steuern

Der ausgewiesene Steueraufwand betrifft die Grundsteuer und die Stromsteuer auf den Selbstverbrauch von Energie.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung sind die Zahlungsströme in Anlehnung an die Empfehlungen des DRS 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beruhte mit 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) auf Einzahlungen aus Zinsen. Zinszahlungen beliefen sich auf 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode beinhaltet ausschließlich verzinsliche kurzfristige Geldaufnahmen bei der Vattenfall GmbH.

Sonstige Angaben

Honorare des Abschlussprüfers

Für Tätigkeiten des Abschlussprüfers Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden im Geschäftsjahr unter 0,1 Mio. € berechnet. Die Honorare entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen (unter 0,1 Mio. €) und auf andere Bestätigungsleistungen.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am 31. Dezember 2014 bestand ein Bestellobligo für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 114,0 Mio. €. Davon entfallen 113,3 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Für Strombezüge zur marktorientierten Beschaffung von Energie zum Ausgleich von Netzverlusten ist die Stromnetz Berlin Abnahmeverpflichtungen für die Jahre 2015 und 2016 in einem Umfang von 23,2 Mio. € (Vorjahr: 27,1 Mio. €) eingegangen. Im Geschäftsjahr wurden für Geschäfte mit einem negativen Marktwert Drohverlustrückstellungen in Höhe von 3,0 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €) in Anspruch genommen und 1,7 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) zugeführt.

Stromnetz Berlin ist als Konzessionsnehmer für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes zur Zahlung der Konzessionsabgabe an das Land Berlin verpflichtet.

Des Weiteren bestehen Mietverpflichtungen in Höhe von rund 2,9 Mio. € gegenüber der Vattenfall Europe Wärme AG.

Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung der Beschaffung von Netzverlusten wurden Termingeschäfte mit einem Volumen von 23,2 Mio. € abgeschlossen. Der Marktwert dieser Geschäfte beläuft sich auf 21,6 Mio. € zum Bilanzstichtag. Auf Grund der aktuellen Preisentwicklung wurden zum Bilanzstichtag Drohverlustrückstellungen auf Geschäfte mit negativem Marktwert in Höhe von 1,6 Mio. € berücksichtigt.

Geschäfte größeren Umfangs nach § 6b Absatz 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind die Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen darzustellen. Die Stromnetz Berlin beauftragte die Vattenfall Europe Netzservice GmbH mit der Instandhaltung sowie dem Betrieb, der Erneuerung und Erweiterung des Verteilungsnetzes Berlin in Höhe von 254,2 Mio. €. In Höhe von 2,1 Mio. € erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Netzservice GmbH Erträge aus der Vermietung von Geschäftsräumen. Des Weiteren erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Metering GmbH Messdienstleistungen, wie Messwerterfassung und Zählerdatenbereitstellung, in Höhe von 30,0 Mio. €. In Höhe von 0,5 Mio. € erhielt die Stromnetz Berlin von der Vattenfall Europe Metering GmbH Erträge aus der Vermietung von Geschäftsräumen und für sonstige Dienstleistungen. Die Vattenfall Europe Kundenservice GmbH erbrachte Kundenservicedienstleistungen, wie Abrechnungs- und Debitorenmanagement sowie IT- und Systemdienstleistungen, für die Stromnetz Berlin in Höhe von 16,7 Mio. €.

Tätigkeitsabschluss nach § 6b Absatz 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig. Aus diesem Grund entspricht der zu erstellende Tätigkeitsabschluss dem Jahresabschluss der Gesellschaft.

Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung sind in einer gesonderten Übersicht als Anlage zum Anhang dargestellt.

Da nur zwei Geschäftsführer eine Vergütung durch die Gesellschaft erhielten, wird auf die Angabe der Bezüge unter Verweis auf § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stromnetz Berlin GmbH haben für ihre Tätigkeit 1 T€ erhalten.

Berlin, 12. Februar 2015

Dr. Helmar Rendez

Dr. Erik Landeck

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Stefan Dohler

Vorsitzender

Geschäftsführer der Vattenfall Energy Trading GmbH

Cosima Vinzelberg*

Stellvertretende Vorsitzende

Betriebsratsvorsitzende der Stromnetz Berlin GmbH

Carl-Friedrich Ratz*

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Stromnetz Berlin GmbH

Rainer Schulze

Head of Human Resources der Business Region Continental/UK, Vattenfall GmbH

Lutz Wegner

Head of Legal Heat and Distribution der Vattenfall GmbH

Hartwig Willert*

Gewerkschaftssekretär bei ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

* Arbeitnehmervertreter

Geschäftsführung***Dr. Helmar Rendez***

Vorsitzender der Geschäftsführung

Kaufmännisches Ressort bis 7. Februar 2014

Ressort Technik seit 8. Februar 2014

Ressort Personal seit 1. August 2014

Berlin

Dr. Erik Landeck

Ressort Strategie

Kaufmännisches Ressort seit 1. August 2014

Schönefeld

Dr. Dietrich Graf (bis 07. Februar 2014)

Ressort Technik

Hamburg

Jürgen Grieger (bis 07. Februar 2014)

Ressort Personal

Rosengarten

Stefan Hadré (vom 08. Februar 2014 bis 31. Juli 2014)

Kaufmännisches Ressort

Ressort Personal

Berlin

Bestätigungsvermerk

Zu dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stromnetz Berlin GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Berlin, 13. Februar 2015

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Glöckner

Gerlach

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer